

Tag der Ausgabe:

Mittwoch und Sonnabend.



Einrückungsgebühr:

für die gesp. Zeile 20 M.

Amtsblatt für das Fürstentum Lippe

N^o 138

Mittwoch, den 15. Dezember

1915

Wer Brotgetreide versüßert, versündigt sich am Vaterlande und macht sich strafbar.

Die Nr. 177 des Reichs-Gesetzblatts, ausgegeben zu Berlin, den 10. Dezember 1915, enthält:

Nr. 4981. Bekanntmachung über den Verkehr mit Butter. Vom 8. Dezember 1915.

Die Nr. 178 des Reichs-Gesetzblatts, ausgegeben zu Berlin, den 11. Dezember 1915, enthält:

Nr. 4982. Verordnung über Verjährungsfristen des Seerechts. Vom 9. Dezbr. 1915.

Ausführungsanweisung

zur Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Einfuhr von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation, vom 30. November 1915 (Reichsanzeiger Nr. 282 vom 30. November 1915, Abends).

Auf Grund des § 11 der vorbezeichneten Bekanntmachung wird bestimmt, daß als höhere Verwaltungsbehörde die Regierung und als zuständige Behörde das Verwaltungsamt oder der Magistrat anzusehen ist.

Detmold, den 14. Dezember 1915.

Fürstliches Staatsministerium
Biedenweg

Dem Vorstand des evangelischen Diakonissenhauses in Detmold ist mit Höchster Genehmigung die Erlaubnis erteilt, in den Jahren 1916, 1917 und 1918 je eine Hauskollekte im hiesigen Lande zum Besten des Diakonissenhauses in Detmold zu veranstalten.

Detmold, den 11. Dezember 1915.

Fürstlich Lippische Regierung

J. B.
Pustkuchen

Folgende Polizeiverordnung, die Weserschiffahrt betreffend, wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Detmold, den 11. Dezember 1915.

Fürstlich Lippische Regierung

J. B.
Pustkuchen

Polizeiverordnung.

Auf Grund des § 348 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 erlasse ich mit Zustimmung des Provinzialrates der Provinz Westfalen folgende Polizeiverordnung:

§ 1.

Die Polizeiverordnung vom 9. November 1911, welche die Weserschiffahrt an der Überführung des Ems-Weserkanals über die Weser während der Bauzeit regelte, wird aufgehoben.

§ 2.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Hannover, den 1. Dezember 1915.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover.
(Weserstrombauverwaltung).

In Vertretung
Kriege

VII. Armeekorps. Münster, 2. Dezember 1915.
Stellp. Generalkommando.
Abt. Ib Nr. 38692.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich hiermit folgendes:

§ 1.

Jeder über 15 Jahre alte Ausländer hat sich binnen 8 Stunden nach seiner Ankunft am Aufenthaltsorte unter Vorlegung seines Passes oder des seine Stelle vertretenden behördlichen Ausweises (§ 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 16. Dezember 1914) bei der Ortspolizeibehörde persönlich anzumelden. Die Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr nachts rechnet auf die Meldefrist nicht mit.

Aber Tag und Stunde der Anmeldung macht die Polizeibehörde auf dem Paß unter Beidrückung des Amtsiegels einen Vermerk.

§ 2.

Desgleichen hat jeder Ausländer der im § 1 bezeichneten Art, der seinen Aufenthaltsort verläßt, sich binnen 8 Stunden vor der Abreise bei der Ortspolizeibehörde unter Vorzeigung seines Passes oder des seine Stelle vertretenden behördlichen Ausweises unter Angabe des Reisezieles und des genauen Reisezweckes persönlich abzumelden. Der Tag der Abreise, der genaue Reisezweck und das Reiseziel werden von der Ortspolizeibehörde wiederum auf dem Paße vermerkt.

§ 3.

Jedermann, der einen Ausländer entgeltlich oder unentgeltlich in seiner Behausung oder in seinen gewerblichen und dergl. Räumen (Gasthäusern, Pensionen usw.) für die Nacht (8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens) oder einen Teil derselben aufnimmt, ist verpflichtet, sich über die Erfüllung der Vorschriften im § 1 spätestens 8 Stunden nach der Aufnahme des Ausländers zu vergewissern, indem er sich überzeugt, ob Paß oder Ausweis von der Polizeibehörde abgestempelt ist; er hat im Falle der Nichterfüllung der Ortspolizeibehörde sofort Mitteilung zu machen. Die Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr nachts rechnet auf die Frist nicht mit.

§ 4.

An- und Abmeldung gemäß § 1 und 2 kann miteinander verbunden werden, wenn der Aufenthalt des Ausländers an dem betreffenden Orte nicht länger als 24 Stunden dauert.

§ 5.

Die Ortspolizeibehörde hat über die sich an- und abmeldenden Ausländer Listen zu führen, die Namen, Alter, Staatsangehörigkeit, Paßnummer und Art des Passes sowie Tag der Ankunft, Wohnung und Tag der Abreise, das Reiseziel und den genauen Reisezweck angeben. Zugänge, Abgänge und Veränderungen dieser Liste sind täglich in den Landkreisen dem Landrat, in den Stadtkreisen dem Polizeiverwalter (Polizeipräsident, Erster Bürgermeister), mitzuteilen. Die Polizeibehörden haben Vorkehrung zu treffen, daß die Meldungen in der Zeit von 6 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends jederzeit entgegengenommen werden können.

§ 6.

Die über den Aufenthaltswechsel von Ausländern und ihre Meldepflicht für die Dauer des Krieges erlassenen allgemeinen Bestimmungen werden durch diese Bekanntmachung nicht berührt. Ebenso gilt diese Bekanntmachung nicht für den Personenverkehr im Grenzstreifen mit Holland für diejenigen Personen, die durch ihre Beschäftigung gezwungen sind, die Grenze regelmäßig zu überschreiten. (Ärzte, Geistliche, Hebammen, ländliche Bewohner, Dienstboten, ländliche und gewerb-

liche Arbeiter usw.) für die nach B 2 der Bekanntmachung vom 31. 12. 14 — I b K Nr. 53138 — anstelle des Passes ein Ausweis der Ortspolizeibehörde genügt.

Als „Grenzstreifen“ gilt folgendes Gebiet:

- a) auf deutscher Seite der Streifen, der zwischen der Landesgrenze und folgendem Straßenzug liegt:

Ventheim — Ochtrup — Epe — Wessum — Ottenstein — Breden — Stadtlohn — Süblohn — Wilgenbusch — Wesete — Vorken — Rheide — Bocholt — Werth — Haltern — Rees; sodann rechtes Rheinufer von Rees bis Emmerich; ferner der Straßenzug Emmerich — Warbeyen — Kellen — Cleve — Goch — Weeze — Revelaar — Geldern — Pont — Straelen — Baatum — Vinkrath.

- b) auf holländischer Seite der Streifen, der zwischen der Landesgrenze und folgendem Straßenzuge liegt:

Oldenzaal — Enschede — Haaksbergen — Gilbergen — Groenlo — Winterswyk — Bredevoort — Varssveld — Terborg — Zebdau — Didam — Zevenaar — Nud — Zevenaar — Pannerden, sodann über den Rhein, dessen linkes Ufer bis Nymegen, von da ab Landstraße bis Groesbeek — Moek, sodann rechtes Ufer der Maas bis Venlo.

§ 7.

Diese Verordnung tritt am 15. Dezember 1915 in Kraft.

Die an diesem Tage ortsanwesenden Ausländer haben die polizeiliche Anmeldung (§ 1) spätestens bis zum 20. Dezember 1915 vorzunehmen. Die Vorschrift des § 3 findet dabei entsprechende Anwendung.

§ 8.

Ausländer, welche den Bestimmungen der §§ 1, 2 und 7 zuwiderhandeln, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, falls nach den allgemeinen Strafgesetzen keine höhere Strafe verwirkt ist. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher dem § 3 zuwiderhandelt.

Der kommandierende General:

Frhr. v. Gayl

Die am 2. Januar 1916 fälligen Zinscheine der laut Gesetz vom 24. November 1915 auf die Landesbank des Fürstentums Lippe übertragenen 4% igen auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen der Fürstlichen Landespar- und Leihkasse

werden vom 15. d. M. an durch die Kasse der Landesbank und die auf den Zinscheinen vermerkten Zahlstellen kostenfrei eingelöst.

Detmold, den 13. Dezember 1915.

Landesbank des Fürstentums Lippe
Lhörner

Auf Grund des § 49 der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl vom 28. Juni d. J. wird nach Zustimmung Fürstlicher Regierung angeordnet:

1. Das jetzige Graubrot wird in der Folge als Roggenbrot ohne Weizenmehlzusatz gebacken. Preis, Gewicht und Mehlgehalt bleiben unverändert.
2. Neben dem zu 1 genannten Roggenbrot wird ein Graubrot hergestellt, in welchem Weizenmehl enthalten sein muß. Das Graubrot im Gewichte von 1800 g ist zum Preise von 58 Pfg., dasjenige im Gewichte von 3600 g zum Preise von 1,16 M abzugeben; in je 1800 g Brot müssen genau 1400 g Brotgetreide-Mehl enthalten sein.
3. Jede Bäckerei ist verpflichtet, das zu 1 genannte Roggenbrot vorrätig oder spätestens 24 Stunden nach Bestellung sowie auf Wunsch eines Versorgungsberechtigten zu regelmäßiger Lieferung bereit zu halten. Jeder Bäckerei, die dieser Bestimmung zuwiderhandelt, kann von der L. W. G. auf Grund der Bestimmung zu 2 in der Anordnung Amtsblatt Seite 752 die Herstellung und der Verkauf von Graubrot verboten werden.
4. Die Bäckereien sind nicht verpflichtet, Weißbrot in Stücken zu 45 g herzustellen.

Diese Verordnung tritt am 15. Dezember 1915 in Kraft.

Leipzig, den 9. Dezember 1915.

Für die beteiligten Verwaltungsbehörden:

Kirchhof,
Geheimer Regierungsrat.

Nr. M. 15/12. 15. R. R. A.

Wolfram und Chrom.

Beschlagnahme und Höchstpreis.

Nachstehende Verordnung wird hiermit auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, des Bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 in Verbindung mit der Königlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 357), des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) in Verbindung mit der Bekanntmachung über Änderung dieses Gesetzes vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25) und der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) sowie der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54) nebst Erweiterungen vom 3. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 549) und vom 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 684) zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung gemäß den in der Anmerkung*) abgedruckten Strafbestimmungen bestraft werden, sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind.

I.

*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark wird bestraft:

1. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
2. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
3. wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

II.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark wird bestraft:

1. wer die festgesetzten Höchstpreise überschreitet,
2. wer einen anderen zum Abschluß eines Vertrages auffordert, durch den die Höchstpreise überschritten werden, oder sich zu einem solchen Vertrag erbietet,
3. wer einen Gegenstand, der von einer Aufforderung (§§ 2, 3 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise) betroffen ist, beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört,
4. wer der Aufforderung der zuständigen Behörde zum Verkaufe von Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, nicht nachkommt,
5. wer Vorräte an Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, dem zuständigen Beamten gegenüber verheimlicht,
6. wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

In den Fällen Nr. 1 und 2 kann neben der Strafe angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist; auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

III.

Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund der Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft, auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt. Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

§ 1.

Inkrafttreten der Verordnung.

a) Die Verordnung tritt mit Beginn des 15. Dezember 1915 in Kraft; sie bildet eine teilweise Ergänzung der Verordnung M. 6172/2. 15. R. R. A. vom 15. März 1915, betreffend Vorraterhebung und Bestandsmeldung über Wolfram, Chrom usw., und umfaßt auch diejenigen Personen, Gesellschaften usw., deren Vorräte durch schriftliche Einzelverfügung der unterzeichneten verordnenden Behörde beschlagnahmt worden sind.

Die Einzelverfügungen treten mit dem Inkrafttreten vorliegender Verordnung außer Kraft und werden durch diese ersetzt. Die Verordnung M. 6172/2. 15. R. R. A. vom 15. März 1915 behält unbeschränkt Geltung, abgesehen von der hiermit aufgehobenen Strafandrohung aus § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand und aus Art. 4 Ziffer 2 des Bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand.

b) Für die im § 3 Abs. d bezeichneten Gegenstände treten Meldepflicht und Beschlagnahme erst mit dem Empfang oder der Einlagerung der Waren in Kraft.

§ 2.

Von der Verordnung betroffene Gegenstände.

a) Beschlagnahmt werden hiermit bis auf weiteres sämtliche Vorräte der nachstehend aufgeführten Klassen in festem und flüssigem Zustand (einerlei, ob Vorräte einer, mehrerer oder sämtlicher Klassen vorhanden sind):

Numerierung und Gegenstand nachstehender Klassen entsprechen denjenigen der Verordnung M. 6172/2. 15. R. R. A.

Klasse	Gegenstand
23	Wolfram-Metall, ausgeschlossen Drähte mit einem Durchmesser von weniger als 0,5 mm.
24	Wolfram-Eisen (Ferrowolfram).
27	Wolfram in Erzen, in Schlacken, in Neben- und Zwischenprodukten, beispielsweise auch Wolfram in Wolframsäure, Mischergzen, Salzen und Rückständen der Hütten- und chemischen Industrie, in Verbindungen und Legierungen, soweit nicht unter Klasse 23 bis 26 fallend.
28	Chrom als Metall und Ferrochrom.
31	Chrom in Erzen, in Schlacken, in Neben- und Zwischenprodukten, beispielsweise auch Chrom in Rückständen der Hütten- und chemischen Industrie, in Verbindungen und Legierungen, soweit nicht unter Klasse 28 bis 30 fallend.

b) Beschlagnahmt sind auch die nach dem 15. Dezember 1915 etwa hinzukommenden Vorräte.

§ 3.

Von der Verordnung betroffene Personen, Gesellschaften usw.

Von dieser Verordnung werden betroffen:

a) alle gewerblichen Unternehmer und Firmen, in deren Betrieben die im § 2 aufgeführten Gegenstände erzeugt und/oder verarbeitet und/oder verbraucht werden, soweit die Vorräte sich in ihrem Gewahrsam und/oder bei ihnen unter Zollaufsicht befinden;

- b) alle Personen und Firmen, die solche Gegenstände aus Anlaß ihres Handelsbetriebes oder sonst des Erwerbes wegen in Gewahrsam haben, soweit die Vorräte sich in ihrem Gewahrsam und/oder bei ihnen unter Zollaufsicht befinden;
- c) alle Kommunen, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände, in deren Betrieben solche Gegenstände erzeugt und/oder verarbeitet und/oder verbraucht werden, oder die solche Gegenstände in Gewahrsam haben, soweit die Vorräte sich in ihrem Gewahrsam und/oder bei ihnen unter Zollaufsicht befinden;
- d) alle Empfänger (in dem unter a, b und c bezeichneten Umfang) solcher Gegenstände nach Empfang derselben, falls die Gegenstände sich am Meldetage auf dem Versand befinden und nicht bei einem der unter a, b und c aufgeführten Unternehmer, Personen usw. in Gewahrsam und/oder unter Zollaufsicht gehalten werden.

Vorräte, die in fremden Speichern, Lagerräumen und an deren Aufbewahrungsräumen lagern, gelten, falls der Verfügungsberechtigte seine Vorräte nicht unter eigenem Verschuß hält, bei den Inhabern der betreffenden Aufbewahrungsräume als beschlagnahmt.

Sind in dem Bezirk der unterzeichneten verordnenden Behörde Zweigstellen vorhanden (Zweigfabriken, Filialen, Zweigbüros u. dgl.), so ist — unbeschadet der Verantwortlichkeit sonstiger Personen — die Hauptstelle für die Befolgung der Beschlagnahmebestimmungen auch für diese Zweigstellen verantwortlich. Die außerhalb des genannten Bezirks (in welchem sich die Hauptstelle befindet) ansässigen Zweigstellen werden einzeln betroffen.

§ 4.

Mindestmengen.

a) Die in § 3 gekennzeichneten Personen, Gesellschaften usw., deren Vorräte (einschließlich derjenigen in sämtlichen Zweigstellen, die sich im Bezirk der verordnenden Behörde befinden) am 15. Dezember 1915 gleich oder geringer waren als die folgenden Beträge:

Klasse 23 und 28	je 10 kg Gesamtgewicht,
24	20
27 und 31	je 150 "

dürfen (außer der nach § 5 zulässigen Verwendungsart) solche Bestände für beliebige Zwecke verarbeiten, jedoch nur im eigenen Betriebe. Jede weitere Verfügung über diese Bestände ist verboten.

b) Werden durch hinzukommende Bestände die Mindestmengen einer Klasse überschritten, so tritt damit für die gesamten Vorräte der betreffenden Klasse einschließlich der Mindestmengen die für die Mindestmengen gültige Sonderbestimmung a) außer Kraft; solche Vorräte sind meldepflichtig gemäß der Verordnung M. 6172/2. 15. R. R. U.

c) Verringern sich die Bestände eines von der Verordnung Betroffenen nachträglich unter die angegebenen Mindestmengen, so findet die Sonderbestimmung a) keine Anwendung.

§ 5.

Verwendungsbestimmungen.

Die Verwendung der beschlagnahmten Gegenstände wird in folgender Weise geregelt:

A) Die beschlagnahmten Vorräte verbleiben in den Lagerräumen und sind tunlichst gesondert aufzubewahren. Es ist ein Lagerbuch einzurichten, aus welchem jede Änderung der Vorratsmengen und ihre Verwendung ersichtlich sein muß, und den Polizei- und Militärbehörden jederzeit die Prüfung der Läger und des Lagerbuches sowie die Besichtigung des Betriebes zu gestatten.

B) Aus den beschlagnahmten Vorräten dürfen entnommen werden:

1. Mengen der Wolfram-Klassen Nr. 23, 24 und 27

- a) zu Herstellung von Schnellschnittstahl*) im eigenen Betriebe;
- b) zur Herstellung von Schnellschnittstahl in fremden (inländischen) Betrieben, sofern der Abnehmer sich schriftlich verpflichtet, sie nur einer solchen Verwendung zuzuführen, und außerdem in gleicher Weise bestätigt, daß seine vorhandenen und hinzutretenden Bestände beschlagnahmt sind. Die schriftlichen Erklärungen sind von dem Lieferer aufzubewahren;
- c) sofern Lieferungsverträge bestehen zu Preisen, welche höher sind als nach dieser Verordnung zulässig, ist die Entnahme zur Erfüllung derselben in den Fällen a) und b) nur dann gestattet, wenn das Material in dem unmittelbar als Zusatz zum Stahlbad verwendbaren Zustand bis einschließlich 31. Dezember 1915 an den Werkzeugstahlfabrikanten geliefert (abgesandt) wird.

2. Mengen der Chrom-Klassen Nr. 28 und 31

- a) zur Ausführung von Kriegslieferungen**) der Metallindustrie und zur Herstellung von Schnellschnittstahl im eigenen Betriebe;
- b) zur Ausführung von Kriegslieferungen der Metallindustrie und zur Herstellung von Schnellschnittstahl in fremden (inländischen) Betrieben, sofern der Abnehmer sich schriftlich verpflichtet, sie nur einer solchen Verwendung zuzuführen und außerdem in gleicher Weise bestätigt, daß seine vorhandenen und hinzutretenden Bestände beschlagnahmt sind. Auf Anfordern des Lieferers, ferner bei allen Lieferungen an Personen, Firmen usw. deren Bestände nicht beschlagnahmt sind, muß der Abnehmer die Verwendung zu Kriegslieferungen durch vorchriftsmäßig ausgefüllte Belegscheine (für die Vordrucke in den Postanstalten 1. und 2. Klasse erhältlich sind) vorher nachweisen. Die schriftlichen Erklärungen und Belegscheine sind von dem Lieferer aufzubewahren;
- c) für Ausbesserungen zur Aufrechterhaltung eines mit Kriegslieferungen beschäftigten Betriebes, falls sie nicht durch andere Stoffe ersetzbar sind, sofern die Vertragserfüllung ohne diese Arbeiten nicht möglich ist. Die zu solchen Zwecken entnommenen Mengen sind besonders zu buchen. Die Verwendung von chromhaltigem Material als Baustoff in Öfen aller Art ist verboten;
- d) zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes für Ausbesserungen an den in Gebrauch befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, falls sie nicht durch andere Stoffe ersetzbar sind. Buchung wie unter c).

3. Mengen sämtlicher in § 2 aufgeführten Klassen

- a) soweit sie von dem Königlich Preussischen Kriegsministerium (Kriegs-Rohstoff-Abteilung) freigegeben sind;

*) Schnellschnittstahl im Sinne der Verordnung ist Werkzeugstahl für Hochleistung.

**) Kriegslieferungen im Sinne der Beschlagnahmeverordnung sind:

- a) alle von folgenden Stellen in Auftrag gegebenen Lieferungen:
 - deutsche Militärbehörden,
 - deutsche Reichsmarinebehörden,
 - deutsche Reichs- und Staatseisenbahnverwaltungen,
 - ohne weiteres,
- b) diejenigen von
 - deutschen Reichs- oder Staats-Post- oder Telegraphenbehörden,
 - deutschen staatlichen Vergämtern,
 - deutschen Hafenbauämtern,
 - deutschen staatlichen und städtischen Medizinalbehörden,
 - anderen deutschen Reichs- und Staatsbehörden

in Auftrag gegebenen Lieferungen, die mit dem Vermerk versehen sind, daß die Ausführung der Lieferung im Interesse der Landesverteidigung nötig und unersetzlich ist.

b) soweit sie von der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft in Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11, aufgekauft sind. Die Urschrift der Kaufbestätigung der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft dient als Beleg und ist von dem Lieferer aufzubewahren.

§ 6.

Verkaufsbestimmungen für die Wolfram-Klassen.

a) Der Preis des unmittelbar als Zusatz zum Stahlbad verwendbaren Materials der Klassen 23, 24 und 27 darf frei Werk des Werkzeugstahlfabrikanten bei Barzahlung 35 Mark je ein Kilogramm Wolframinhalt nicht übersteigen*). Wird der Kaufpreis gestundet, so dürfen Jahreszinsen bis zu 2 v. H. über Reichsbankdiskont hinzugeschlagen werden.

Die außer Wolfram in diesem Material enthaltenen Bestandteile dürfen nicht besonders in Rechnung gesetzt und bezahlt werden.

b) Das Königlich-Preussische Kriegsministerium (Kriegs-Rohstoff-Abteilung) kann, insbesondere bei Einfuhr, Ausnahmen von dem Höchstpreis gestatten. Gesuche um Ausnahmen sind an die Metallmeldestelle (§ 7) zu richten.

c) Die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft darf in Ausnahmefällen, in denen die Mehrforderung als berechtigt nachgewiesen ist, die festgesetzten Preise überschreiten, ohne das der Verkäufer die Genehmigung des Kriegsministeriums beizubringen hat.

§ 7.

Anfragen und Anträge.

Anfragen und Anträge, welche die Verordnung betreffen, sind zu richten an die Metallmeldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich-Preussischen Kriegsministeriums in Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11.

*) Es ist zu beachten, daß der höchste Preis nur für das unmittelbar als Zusatz zum Stahlbad verwendbare Material der Klassen 23, 24 und 27 festgesetzt ist. Demgemäß müssen die Preise in den Erzeugungsvorstufen entsprechend niedriger sein. Wer Wolfram in den Erzeugungsvorstufen zu einem Preise veräußert oder kauft, der in keinem angemessenen Verhältnis zu dem Höchstpreise steht, macht sich nicht nur einer strafbaren Preistreiberei schuldig, sondern hat auch die Zwangsenteignung oder Einziehung seiner Bestände zu gewärtigen.

Die Enteignung und Bestrafung ist im Falle der Zurückhaltung mit der Absicht der Preistreiberei ebenfalls zu gewärtigen.

Münster, den 12. Dezember 1915.

Der stellvertretende kommandierende General des VII. Armeekorps:

I c R. Nr. 7420.

Frhr. von Gayl,
General der Infanterie.

Bekanntmachung,

die Veranlagung der Einkommensteuer für das Steuerjahr 1916 betreffend.

In Gemäßheit des Gesetzes, betreffend die Veranlagung der Einkommensteuer für das Steuerjahr 1916, vom 22. November 1915, wird jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 2500 M veranlagte Steuerpflichtige im Veranlagungsbezirke Blomberg hierdurch aufgefordert, eine Steuererklärung über sein Jahreseinkommen nach dem vorgeschriebenen Formulare in der Zeit vom 20. 12. 15 bis einschließlich 15. Januar 1916 dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht seien.

Eine besondere Aufforderung ergeht an die zur Abgabe der Steuererklärung verpflichteten nicht. Das vorgeschriebene Steuererklärungsformular ist bei dem unterzeichneten Vorsitzenden der Veranlagungskommission, bei den Magistraten zu Blomberg und Schwalenberg sowie bei den Gemeindevorstehern erhältlich.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes.

Mündliche Erklärungen werden von mir Montag, den 10. Januar k. J., von morgens 9 Uhr ab, in der Steuerkanzlei des Verwaltungsamts für die Stadt, den Burg- und Meiereibezirk Blomberg,

Montag, den 3. Januar k. J.,

von nachmittags 230 ab,

in der Mische'schen Gastwirtschaft zu Istrup für das Amt Blomberg mit Ausnahme des Burg- und Meiereibezirks Blomberg,

Dienstag, den 4. desselben Mts.,

von nachmittags 230 ab,

am Sauernkrüge zu Herrentrup für das Amt Schieder,

Dienstag, den 11. desselben Mts.,

von nachmittags 3 Uhr ab,

in der Verkenkamp'schen Gastwirtschaft in Bratelsief, für die Stadt und Meierei Schwalen-

berg sowie für die Bauerschaft Bratelsief, Vothe und Ruenfief,

Mittwoch, den 12. desselben Mts.,

von nachmittags 345 ab,

in der Stölting'schen Gastwirtschaft zu Elbringen für die Bauerschaften Rischenau, Elbringen, Sabbenhausen, Wörderfeld, Hummersen, Niese und Rötterberg sowie die Meiereibezirke Falkenhagen und Viefsterfeld entgegengenommen.

Es wird hiermit besonders darauf hingewiesen, daß

- a. die Versäumung der obigen Frist den Verlust der gesetzlichen Rechtsmittel gegen die Einschätzung für das Steuerjahr 1916 zur Folge hat, insofern nicht Umstände dargetan werden, welche die Versäumnis entschuldbar machen,
- b. wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder wissentliche Verschweigung von Einkommen in der St.-E. mit Strafe bedroht ist,
- c. die Benachrichtigung über den veranlagten Steuerfuß auch bei Neuveranlagung nur mit dem Steuerzettel zugeht.

Blomberg, den 9. Dezember 1915.

Der Vorsitzende

der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission für den Veranlagungsbezirk Blomberg i. B.

Steneberg

Bekanntmachung.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des Landwirts Avenhaus in Heiden ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßregeln über dies Gehöft sind aufgehoben.

Detmold, den 14. Dezember 1915.

Fürstliches Verwaltungsamt

R. Piderit

Unter dem Viehbestande des Kolons Fritz Dager zu Vohheide, Gemeinde Kluckhof, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Das verseuchte Gehöft ist unter Sperre gestellt. Brake in Lippe, den 11. Dezember 1915.

Fürstliches Verwaltungsamt

Kirchhof

Unter dem Klauenviehbestande des Landwirts Aug. Brannolte in Großenmarpe Nr. 41 und des Landwirts Beinke in Jstrup ist die Maul- und Klauenfeuche ausgebrochen. Sperrmaßregeln sind erlassen.

Die unter dem Klauenviehbestande des Müllers Eikermann in Maspe und des Landwirts Fr. Gebhardt Nr. 30 in Reelfkirchen ausgebrochene Maul- und Klauenfeuche ist erloschen. Sperrmaßregeln sind aufgehoben.

Blomberg, den 9. Dezember 1915.

Fürstliches Verwaltungsamt
Steneberg

Bekanntmachung.

Die Maul- und Klauenfeuche unter dem Viehbestande des Schneiders Panze, Neuetorstraße Nr. 17, ist erloschen und die Desinfektion ausgeführt.

Die angeordneten Sperrmaßregeln werden hiermit aufgehoben.

Blomberg, den 13. Dezember 1915.

Der Magistrat.

Pönisch,

Bürgermeister

Das Verfahren zum Zwecke der Zwangsversteigerung des in Bad Salzuflen belegenen, im Grundbuche von Salzuflen Band 14 Blatt 333 auf den Namen des Kaufmanns August Husemann in Salzuflen eingetragenen Grundbesitzes wird auf den Antrag des die Zwangsversteigerung betreibenden Gläubigers aufgehoben.

Der auf den 28. Dezember 1915 bestimmte Termin fällt weg.

Bad Salzuflen, den 6. Dezember 1915.

Fürstliches Amtsgericht I

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Bad Salzuflen belegenen, im Grundbuche von Salzuflen Band 46 Blatt 1141 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Kaufmanns Wilhelm Budde in Salzuflen eingetragenen Grundstücke, nämlich

Parz. 283/48 Kartenblatt 6 Ader hinter der Vinde zu 21,13 a, Parzelle 527/72 Kartenblatt 16 Ader oben der Masch zu 60,68 a, Parzelle 528/263 Kartenblatt 16 Wieje die Masch zu 28,97 a und Parzelle 61 Kartenblatt 17 Ader unten im Wellenfelde zu 34,23 a am

29. Januar 1916, vormittags 10 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht, an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 2, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. Novbr. 1915 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Bad Salzuflen, den 8. Dezember 1915.

Fürstliches Amtsgericht I

Bekanntmachung.

Die Unteroffizierschulen nehmen für die Einstellung 1916 noch eine große Zahl Freiwillige an.

Junge Leute, welche das wehrpflichtige Alter erreicht haben, können sich unter Vorbringung eines Melbescheines, eines Konfirmationscheines, etwa vorhandener Schulzeugnisse und einer amtlichen Bescheinigung über die bisherige Beschäftigungsweise, über früher überstandene Krankheiten und etwaige erbliche Belastung, jeden Wochentag vormittags hier melden.

Die Ausbildung der Freiwilligen erfolgt kostenfrei.

Detmold, den 8. Dezember 1915.

Königliches Bezirkskommando

Rippische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Bekanntmachung.

Der in der Genossenschaftsversammlung vom 5. Juli d. J. beschlossene und vom Reichsversicherungsamte unterm 22. November d. J. genehmigte Erste Nachtrag zu den Unfallverhütungsvorschriften der diesseitigen Berufsgenossenschaft und die gleichfalls zu den angegebenen Zeiten beschlossenen bzw. genehmigten Unfallverhütungsvorschriften für die Verwendung elektrischen Stromes werden in den anliegenden Druckexemplaren gemäß § 62 der Satzung hiermit veröffentlicht.

Die Vorschriften können von den Beteiligten bei den zuständigen Herren Gemeinde- und bzw. Gutsvorstehern, sowie bei den Herren Vertrauensmännern der diesseitigen Berufsgenossenschaft eingesehen, auch gegen Erstattung der Selbstkosten von unserer Geschäftsstelle in Detmold bezogen werden.

Detmold, den 2. Dezember 1915.

Der Genossenschaftsvorstand.

Krieger, Oekonomierat
Vorsitzender

Bekanntmachung.

Die Weihnachtssendungen betreffend.

Die Reichs-Postverwaltung richtet auch in diesem Jahr an Jedermann das Ersuchen, mit den Weihnachtssendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammenhängen. Bei dem außerordentlichen Anschwellen des Verkehrs ist es nicht tunlich, die gewöhnlichen Beförderungsfristen einzuhalten und namentlich auf weite Entfernungen eine Gewähr für rechtzeitige Zustellung vor dem Weihnachtsfeste zu übernehmen, wenn die Pakete so spät eingeliefert werden.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Etwaige auf dem Verpackungstoff vorhandene alte Aufschriften und Bellebezetzel müssen beseitigt oder unkenntlich gemacht werden. Die Benutzung von dünnen Pappkasten, schwachen

Schachteln, Zigarrentisten usw. ist zu vermeiden. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket selbst gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, das der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier, dagegen sind Paketkartenvordrucke ungeeignet für Paketaufschriften. Bei in Leinwand verpackten Sendungen mit Fleisch und anderen Gegenständen, die Feuchtigkeit, Fett, Blut usw. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Der Name des Bestimmungsorts muß recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketaufschrift muß sämtliche Angaben der Paketkarte enthalten, also auch den Freivermerk, bei Paketen mit Postnachnahme den Betrag der Nachnahme sowie den Namen und die Wohnung des Absenders, bei Gilpaketen den Vermerk „durch Gilboten“ usw., damit bei einem Verluste der Paketkarte das Paket doch dem Empfänger in gewünschter Weise ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach großen Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Postbezirk (C., W., SO. usw.) anzugeben. Empfehlenswert ist die Anbringung einer zweiten Aufschrift innerhalb der Verpackung. Zur Beschleunigung des Betriebs trägt es wesentlich bei, wenn schon der Absender die erforderlichen Marken auf die Paketkarte klebt.

Die Versendung mehrerer Pakete mit einer Paketkarte ist für die Zeit vom 12. bis einschließlich 24. Dezember weder im inneren deutschen Verkehr noch im Verkehr mit dem Auslande gestattet.

Gemeinschaftliche Einlieferungsbescheinigungen über mehrere gewöhnliche Pakete werden in der bezeichneten Zeit nicht ausgestellt.

Berlin W. 66, den 10. Dezember 1915.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Im Auftrage:

Kobelt

Neue Vereinbarungen über Höchstpreise für Superphosphat, Ammoniak-Superphosphat und andere Düngemittel.

Im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der Düngersfabriken und der landwirtschaftlichen Körperschaften statt, die eine Einigung über die Preise für Superphosphat, Ammoniak-Superphosphat und andere Düngemittel bis auf weiteres herbeiführten.

Dabei ist, wie bereits früher, die Abmachung getroffen, daß die Düngersfabriken verpflichtet sind, fernere Lieferungen an diejenigen Firmen, Händler oder Privatpersonen, die zu höheren als den festgesetzten Preisen künstliche Düngemittel anbieten oder verkaufen, zu versagen.

Es wird daher ersucht, von allen hierauf bezüglichen Vorkommnissen der Rohmaterialstelle des Landwirtschaftsministeriums, Berlin W 9, Leipziger Platz 7, zur weiteren Veranlassung unverzüglich Kenntnis zu geben.

Die Eisenbahnwagen sind in der Herbstzeit durch die Beförderung von Rüben und Kartoffeln, sowie von Kohlen zur Deckung des Winterbedarfes außerordentlich in Anspruch genommen, so daß die Beförderung des Kunstdüngers während dieser Zeit etwas zurückgestellt werden müssen. Dagegen erscheint es erwünscht, sobald wieder Wagen verfügbar sind, unverzüglich mit der Versendung der Düngemittel vorzugehen.

Zu den nachstehenden Listen ist folgendes zu bemerken:

1. Sind die Preise ab Waggon auf der Station des Lieferwerkes vereinbart, so gelten sie für Mengen von 5000 kg und mehr.

Bei Mengen unter 5000 kg ist der Verkäufer berechtigt, dem Preis die nachweislich bezahlte Fracht sowie 50 Pf. für 100 kg zuzuschlagen.

2. Sind die Preise frachtfrei Empfängerstation vereinbart, so gelten sie für Bezüge von Wagenladungen von mindestens 10 000 kg.

Bei Bezügen unter 10 000 kg greifen folgende Bestimmungen Platz:

a) erfolgt der Versand vom Lieferwerk nach der Station des Verbrauchers, so trägt letzterer die Mehrfracht gegenüber dem Frachtsatz bei Bezügen von 10 000 kg; bei Mengen unter 5000 kg ist Verkäufer berechtigt, 50 Pf. für 100 kg zuzuschlagen;

b) erfolgt die Lieferung ab ständigem Lager des Verkäufers, so ist letzterer berechtigt, zu den festgesetzten Preisen 50 Pf. für 100 kg zuzuschlagen; hat Verkäufer auf Grund vorstehender Bedingungen selbst einen Frachtszuschlag bezahlt, so ist er berechtigt, diesen beim Weiterverkauf aufzuschlagen.

3. Sind die Preise ab Frachtausgangsstation vereinbart, so hat der Empfänger nur die Fracht von dieser Station bis zu seiner Empfangsstation zu tragen, gleichgültig ab welcher Station die Ware geliefert wird; Mehr- oder Minderfrachten sind zu verrechnen.

4. Die Preise verstehen sich für sämtliche Düngemittel mit Ausnahme von Thomasphosphatmehl und Kalkstickstoff für lose verladene Ware, ohne Verpackung.

Bei Lieferung in Gewebesäcken (Jute, Baumwolle usw.) kann ein Aufschlag von 1,50 M für 100 kg in haltbaren Papiersäcken von 0,50 M für 100 kg berechnet werden. Bei Lieferung in Käufersäcken, die franko Station des Lieferwerkes zu stellen sind, kann eine Füllgebühr von 0,20 M für 100 kg berechnet werden.

Bei Lieferung in Säcken erfolgt die Berechnung brutto für netto.

Als Verbraucherpreise wurden vereinbart:

A. Superphosphate und Mischungen von Superphosphat mit schwefelsaurem Ammoniak oder Natrium-Ammoniumsulfat und Kali.

Die Preise sind für drei Gebiete vereinbart.

Gebiet I umfaßt:

Pommern, Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Brandenburg-Ost (d. i. östlich der Linie Belzig—Wiesenburg—Berlin—Oranienburg—Strelitz).

Gebiet II umfaßt:

Mittel- und West-Deutschland, Königreich Sachsen, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Brandenburg-West (d. i. an und westlich der Linie Belzig—Wiesenburg—Berlin—Oranienburg—Strelitz).

Gebiet III umfaßt:

Königreich Bayern einschl. Pfalz, Königreich Württemberg mit Fürstentum Hohenzollern, Großherzogtum Baden, Elsaß-Lothringen, Provinz Starkenburg und Rheinhessen des Großherzogtums Hessen.

1. Reine Superphosphate.

Bei einem Gehalt an wasserlöslicher Phosphorsäure von

16% u. darüber,	14—15,99%	12—13,99%	10—11,99%
--------------------	-----------	-----------	-----------

Preise für 1 kg wasserlösliche Phosphorsäure

Gebiet I	58 Pf.	62 Pf.	68 Pf.	72 Pf.
II	62 "	66 "	72 "	76 "
III	60 "	64 "	70 "	73 "

2. Mischungen von Superphosphat mit schwefelsaurem Ammoniak bzw. Natrium-Ammoniumsulfat.

Bei einem Gesamtgehalt von Stickstoff und wasserlöslicher Phosphorsäure von

16% u. darüber,	14—15,99%	12—13,99%	10—11,99%
--------------------	-----------	-----------	-----------

Preise für 1 kg %

Gebiet I	wasserl. Phosphors.	60 Pf.	64 Pf.	68 Pf.	72 Pf.
	Ammon.-Stickstoff	210 "	210 "	210 "	210 "
Gebiet II	wasserl. Phosphors.	64 "	68 "	72 "	76 "
	Ammon.-Stickstoff	210 "	210 "	210 "	210 "
Gebiet III	wasserl. Phosphors.	62 "	66 "	70 "	73 "
	Ammon.-Stickstoff	210 "	210 "	210 "	210 "

3. Ammoniak-Superphosphat und Natrium-Ammoniumsulfat-Superphosphat, denen Kali zugemischt ist.

Preise für 1 kg %

Wasserlösliche Phosphorsäure	wie zu 2
Ammoniak-Stickstoff	wie zu 2
Wasserlösliches Kali (K ₂ O)	40 Pf.

Besondere Lieferungsbedingungen:

Fracht: Die Preise gelten für Gebiet I und II frachtfrei Vollbahnstation des Empfängers.

Für Gebiet III erfolgt die Frachtberechnung auf Grund der Ausgangsstation Bingen.

Zahlung: Barzahlung mit 1½ vom Hundert Abzug.

B. Stickstoffhaltige Düngemittel.

Die Preise sind für zwei Gebiete vereinbart:

Gebiet I umfaßt:

Orte unmittelbar an der Elbe und westlich der Elbe.

Gebiet II umfaßt:

Orte östlich der Elbe.

1. Natrium-Ammoniumsulfat.

	Preise für 1 kg % Ammonstickstoff
Gebiet I	148 Pf.
Gebiet II	149 "

2. Kalkstickstoff.

Gebiet I und II	147 "
---------------------------	-------

Besondere Lieferungsbedingungen für 1 und 2:

Fracht: Die Preise gelten für 1 frachtfrei Vollbahnstation oder Schiffslandeplatz des Empfängers, für 2 frachtfrei aller deutschen Stationen oder Schiffslandeplatz des Empfängers.

Zahlung: Barzahlung ohne Abzug.

Preise für 1 kg % Gesamtstickstoff

3. Blutmehl 260 Pf.

4. Hornmehl 220 "

5. Leder- oder Knochenmehl und alle sonstigen

Stickstoffträger (entfettet) außer 1 bis 4:

a) durch Dämpfen oder Behandlung mit Schwefelsäure aufgeschlossen 180 "

b) roh, d. h. nicht wie vorstehend aufgeschlossen, aber entfettet . . 40 "

Besondere Lieferungsbedingungen für Nr. 3 bis 5:

Fracht: Frei Waggon Station des Lieferwerkes.

Zahlung: Barzahlung ohne Abzug

C. Stickstoffhaltiger aus dem Ausland eingeführter Guano:

Preise für 1 kg %

a) Roh:

Gesamtstickstoff 210 Pf.

Gesamtphosphorsäure 40 "

Kali 40 "

b) Aufgeschlossen:

Gesamtstickstoff 230 Pf.

Wasserlösliche Phosphorsäure . . 64 "

Wasserlösliches Kali 40 "

Besondere Lieferungsbedingungen:

Fracht: Frei Waggon Station des Lieferwerkes.

Zahlung: Barzahlung mit 1½ vom Hundert Abzug.

D. Organische Mischdünger.

Mit Schwefelsäure aufgeschlossen.

	Preise für 1 kg %
Gesamtstickstoff	180 Pf.
Wasserlösliche Phosphorsäure	60 "

Besondere Lieferungsbedingungen:

Fracht: Frei Waggon Station des Lieferwerkes.

Zahlung: Barzahlung ohne Abzug.

E. Knochenmehl.

(Aus entfetteten Knochen hergestellt.)

Unentleimtes gedämpftes sowie entleimtes, ferner Stampfmehl, Trommelmehl, Fleischdüngemehl, Fischdüngemehl, Fleischnochenmehl, Kadaverdüngemehl und ähnliches, in handelsüblicher feiner Mahlung

	Preise für 1 kg %
Gesamtstickstoff	210 Pf.
Gesamtphosphorsäure	40 "

Besondere Lieferungsbedingungen:

Fracht: Frei Waggon Station des Lieferwerkes.

Zahlung: Barzahlung ohne Abzug.

F. Thomasphosphatmehl.

Die Preise sind für zwei Verkaufsabschnitte vereinbart:

I. Von jetzt bis 31. Dezember 1915.

II. Vom 1. Januar 1916 bis 15. Juli 1916.

	Preise für 1 kg %
Verkaufsabschnitt I. Gesamt-Phosphorsäure	26 Pf.
Zitronensäurelösliche Phosphorsäure	30 "
Verkaufsabschnitt II. Gesamt-Phosphorsäure	28 1/2 "
Zitronensäurelösliche Phosphorsäure	33 "

Der übliche Verbraucherrabatt von 16 Pf. für 100 kg ist bei der Berechnung abziehen.

Besondere Lieferungsbedingungen:

Fracht: Frei Waggon Frachtausgangsstation Rothe Erde bzw. Diedenhofen.

Die Frachtausgangsstation Rothe Erde gilt nördlich der Bahnlinie Bengeler—Prüm—Gerolstein—Mayen—Andernach—Coblenz—Sieben—Cassel—Halle—Zülpich—Ludersweiler—Südende—Berlin—Cüstrin—Kreuz—Schneidemühl—Bromberg—Thorn—Alexandrowo.

Die Frachtausgangsstation Diedenhofen gilt südlich dieser Bahnlinie.

Die Stationen an der Bahnlinie zählen von Bengeler bis Südende bei Berlin zur Frachtausgangsstation Diedenhofen, von Berlin bis Alexandrowo zur Frachtausgangsstation Rothe Erde.

Für Bezüge auf Frachtausgangsstation Rothe Erde und Diedenhofen nach Stationen die 500 Kilometer und mehr von Rothe Erde bzw. Diedenhofen entfernt liegen, ist eine Frachtvergütung von 10 % zu gewähren; die Frachtvergütung ist auf die ermäßigten Eisenbahnfrachtsätze für Thomasmehl zu gewähren, indem die entfallenden Beträge nach oben oder unten auf volle Mark abzurunden sind.

Verpackung:

Die Lieferung erfolgt nach Wahl der Werke in haltbaren Papiersäcken oder Gewebesäcken. Wird in Papiersäcken geliefert, so verstehen sich die Preise einschließlich Sack.

Werden Gewebesäcke verwendet, so wird bei Säcken mit 100 kg Fassungsvermögen ein Aufschlag von 40 Pf. für 100 kg, bei Säcken von 75 kg Fassungsvermögen ein Aufschlag von 56 Pf. für 100 kg berechnet.

Die Säcke aus Webstoff sind, wenn sie unbeschädigt und zur Versendung von Thomasphosphatmehl noch verwendbar sind, gegen eine Vergütung von

65 Pf. für den Sack von 100 kg Fassungsvermögen und

50 Pf. " " " 75 kg " "

frei Werk zurückzunehmen.

Die Entscheidung über die Brauchbarkeit der Säcke steht den Werken zu.

Zahlung: Barzahlung mit 1½ vom Hundert Abzug.

gebühr:

Stück 20 Pf.

ippe

1915

Vaterland.

Statt, ausgegeben

15, enthält:

die Preise von

14. Dezbr. 1915.

l,
höchstpreisen auf
November 1915.

und des § 3 des
des Bundesrats
o. vom 4. August
folgende Ver-

n Butter, Kar-
Buchweizen und
Obstmus und
taufstrich, Obst,
die zu höheren
Verordnungen:
preise vom 22.
bl. S. 689),

Verpa
Die L
Wird
Werde
schlag v
56 Pf. fi
Die E
phosphati
65
50
frei Werl
Die C
Zahlun

Herausgegeben

Es wird besonders aufmerksam gemacht auf die „Anleitung zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen im elektrischen Betriebe“, die vom Verbands Deutscher Elektrotechniker aufgestellt ist und von der Verlagsbuchhandlung J. Springer, Berlin W. 9, in Buch- oder Plakatform bezogen werden kann.

Unfallverhütungsvorschriften

der

Lippischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

für die

Verwendung des elektrischen Stromes.

Gültig vom 1. Januar 1916.

A. Vorschriften für Betriebsunternehmer.

1. Der landwirtschaftliche Betriebsunternehmer muß zur Vermeidung mangelhafter und daher unfallgefährlicher elektrischer Einrichtungen von demjenigen, der sie neu ausführt oder instand setzt, die Einhaltung der Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker verlangen, insbesondere auch für das zu verwendende Material.

2. Räume, in denen sich Hochspannungsleitungen befinden (das sind Leitungen, deren Spannung gegen Erde 250 Volt überschreitet), müssen äußerlich durch Warnungstafeln mit Blitzpfeil gekennzeichnet werden, welche Unbefugten den Eintritt verbieten.

3. Gerüste, Stroh- und Getreidedielen (Schober, Feimen sowie sonstige Aufbauten dürfen niemals so nahe an Freileitungen errichtet werden, daß Personen unmittelbar oder mit irgendwelchen Geräten unabsichtlich die Leitungen berühren können.

Ausbesserungs- und andere Arbeiten an Dächern und Gebäudeteilen, bei denen Freileitungen so nahe vorbeigehen, daß sie unmittelbar oder mit irgendwelchen Geräten unabsichtlich berührt werden können, dürfen erst ausgeführt werden, nachdem diese Leitungen spannungslos gemacht oder gegen Berührung gesichert sind.

gebühr:

alle 20 Bl.

ippe

1915

Vaterland.

latts, ausgegeben

15, enthält:

r die Preise von

14. Dezbr. 1915.

l,

höchstpreisen auf

November 1915.

und des § 3 des

des Bundesrats

o. vom 4. August

folgende Ver-

und

n Butter, Kar-

Buchweizen und

, Obstmus und

taufftrich, Obst,

, die zu höheren

Verordnungen:

preise vom 22.

bl. S. 689),

Verpa
Die L
Wird
Werde
schlag v
56 Pf. fi
Die C
phosphat
65
50
frei Wer
Die C
Zahl u

Instandsetzungs-, Ausbesserungs-, Revisions- und Reinigungsarbeiten an Teilen der elektrischen Anlage in landwirtschaftlichen Betrieben dürfen erst ausgeführt werden, nachdem der betreffende Teil der elektrischen Anlage ausgeschaltet ist.

Sind Leitungen spannungslos gemacht worden, um Arbeiten auszuführen, so ist für die Dauer der Arbeiten an dem betreffenden Ausschalter ein Schild anzubringen mit der Aufschrift: „Nicht schalten!“

4. Blanke spannungsführende Teile müssen der zufälligen Berührung entzogen sein. Isolierhüllen von Drähten und Apparaten, ebenso alle Schutzabdeckungen blanker Stellen sind stets in gutem Zustande zu erhalten. Dies gilt besonders für feuchte Räume, wie Ställe, Waschküchen usw.

Wird, wie z. B. beim elektrischen Pflügen und Dreschen, Hochspannung verwendet, so müssen die spannungsführenden Teile mit besonders sicheren Isolierumhüllungen versehen sein. Die zum Schutze angebrachten Erdungsvorrichtungen (besonders bei fahrbaren Motoren und Transformatoren) sind stets anzuwenden und in betriebsfähigem Zustande zu erhalten.

5. Jeder landwirtschaftliche Betrieb, in dem elektrischer Strom verwendet wird, muß einen oder mehrere Hauptschalter besitzen, mit denen die ganze Anlage spannungslos gemacht werden kann. Diese Hauptschalter müssen zu jeder Zeit frei zugänglich gehalten werden; ihre Lage ist den beteiligten Arbeitnehmern bekannt zu geben.

6. Schmelzsicherungen, deren Bauart eine Gefährdung von Menschen durch abspritzende Teile oder durch Lichtbögen nicht ausschließt, müssen mit Schutzeinrichtungen (z. B. Schutzkapseln) versehen sein. Der Ersatz durchgebrannter Sicherungen darf nur von den dazu bestimmten Personen vorgenommen werden. Nach der Auswechselung sind die zugehörigen Schutzeinrichtungen wieder anzubringen.

7. In Räumen, welche entzündliche Gase enthalten (z. B. Spirituslager, Ställe), oder welche mit entzündlichem Staub (z. B. Mehlstaub), gefüllt sind (Kornböden, Scheunen), dürfen nur solche Elektromotoren, Schaltvorrichtungen und Sicherungen verwendet werden, deren Bauart eine Entzündung der Gase oder des Staubes durch Funken ausschließt. Auch dürfen in solchen Räumen nur elektrische Lampen, die im luftleeren Raum brennen, zur Beleuchtung verwendet werden. Sie müssen mit dichtschließenden Überglocken, welche auch die Fassung dicht umschließen, versehen sein.

8. Für jede Arbeitsmaschine, die von einem Elektromotor unmittelbar oder mittelbar durch Riemen oder Vorgelege angetrieben wird, muß an der Kraft- oder Arbeitsmaschine eine mechanische oder elektrische Abstellvorrichtung vorhanden und leicht erreichbar sein.

9. Elektromotoren dürfen nur von einer mit ihrer Handhabung vertrauten Person in Betrieb gesetzt werden. Ihre freiliegenden bewegten Teile, die weniger als 1,80 m über dem Fußboden bleiben, müssen durch Rahmen von Drahtgeflecht, Schutzleisten, Geländer oder Gitter verwahrt sein. Wellenköpfe, hervorstehende Keile und Schrauben an den sich in einer Höhe von weniger als 1,80 m über dem Boden drehenden Teilen müssen eingekapselt sein.

Die Schutzvorrichtungen müssen vor Inangabe des Motors angebracht sein. Vor der Inbetriebsetzung muß ferner für gehöriges Schmieren und Ölen Sorge getragen werden. Sind Störungen im Gange der Maschine zu beseitigen, ist ein Reinigen einzelner Teile nötig, sollen Schutzvorrichtungen, die sich verschoben oder gelockert haben, wieder befestigt werden, müssen Keile oder Schrauben angezogen werden, so ist der Motor vorher still zu stellen.

Der Motor darf erst angelassen (in Gang gesetzt) oder abgestellt werden, nachdem die Bedienungsmannschaft an der Arbeitsmaschine das Zeichen dazu durch Zuruf gegeben und der Wärter des Motors das Zeichen erwidert hat.

10. Kann eine Person, die mit stromführenden Teilen in Berührung gekommen ist, sich von diesen nicht selbst befreien, so ist der Strom durch den zunächst gelegenen Ausschalter zu unterbrechen. Ist letzterer nicht bekannt oder kann die Stromunterbrechung nicht durch einen im Betrieb vorhandenen Schalter (vergl. Nr. 5), sondern nur in der Stromerzeugungsstelle erfolgen, so muß diese durch Fernsprecher, Telegramm, Kraftwagen oder Radfahrer schleunigst benachrichtigt werden. Inzwischen dürfen Rettungsversuche wegen ihrer Gefährlichkeit für die Helfer nur von sachverständigen Personen vorgenommen werden. Ist der vom elektrischen Strom Betroffene bewusstlos, so ist sofort nach seiner Befreiung von den stromführenden Teilen bis zum Eintreffen des schnellstens herbeizuholenden Arztes künstliche Atmung einzuleiten, wenn Personen zugegen oder erreichbar sind, die sich darauf verstehen.

gebühr:

ile 20 Pf.

ippe

1915

Vaterland.

latts, ausgegeben
15, enthält:

r die Preise von
14. Dezbr. 1915.

l,
höchstpreisen auf
November 1915.

und des § 3 des
des Bundesrats
o. vom 4. August
folgende Ver-

n Butter, Kar-
Buchweizen und
, Obstmus und
taufstrich, Obst,
die zu höheren
Verordnungen:
preise vom 22.
61. S. 689),

B. Vorschriften für Versicherte.

11. Räume, die durch Warnungstafeln mit Blitzpfeil gekennzeichnet sind, dürfen von Arbeitern ohne ausdrücklichen Auftrag nicht betreten werden.

12. Der Zugang zu den Hauptschaltern muß jederzeit freigehalten, darf also nicht durch Säcke, Bretter, Gerätschaften usw. verstellt werden.

13. Die Berührung aller blanken, spannungsführenden Teile der elektrischen Anlagen ist untersagt.

Revisions- oder Reinigungsarbeiten dürfen erst vorgenommen werden, nachdem der betreffende Teil der Anlage ausgeschaltet ist.

14. Der Ersatz durchgebrannter Sicherungen darf nur von den dazu bestimmten Personen vorgenommen werden. Nach der Auswechslung sind die zugehörigen Schutzeinrichtungen wieder anzubringen.

15. Die zum Schutze angebrachten Erdungsvorrichtungen sind stets anzuwenden und in betriebsfähigem Zustande zu erhalten.

16. Sind Leitungen spannungslos gemacht worden, um Arbeiten auszuführen, so ist für die Dauer der Arbeiten an dem betreffenden Ausschalter ein Schild anzubringen mit der Aufschrift: „Nicht schalten!“

17. Gerüste, Stroh- und Getreidedielen (Schober, Feimen), sowie sonstige Aufbauten dürfen nicht so nahe bei Freileitungen errichtet werden, daß Personen unmittelbar oder mit irgend welchen Geräten unabsichtlich die Leitungen berühren können.

An Dächern und anderen Gebäudeteilen, bei denen Freileitungen so nahe vorüberführen, daß sie unmittelbar oder mit irgendwelchen Geräten unabsichtlich berührt werden können, dürfen Arbeiten erst vorgenommen werden, nachdem dem Arbeiter bekannt gegeben ist, daß die Leitungen spannungslos gemacht oder gegen Berührung gesichert sind.

18. Elektromotoren dürfen nur von einer mit ihrer Handhabung vertrauten Person in Betrieb gesetzt werden. Ihre freiliegenden bewegten Teile, die weniger als 1,80 m über dem Fuß-

Verpa
Die L
Wird
Werde
schlag v
56 Pf. fi
Die C
phosphat
65
50
frei Wert
Die C
Zahl u

boden bleiben, müssen durch Rahmen von Drahtgeflecht, Schutzleisten, Geländer oder Gitter verwahrt sein. Wellenköpfe, hervorstehende Keile und Schrauben an den sich in einer Höhe von weniger als 1,80 m über dem Boden drehenden Teilen müssen eingekapselt sein.

Die Schutzvorrichtungen müssen vor Inangabe des Motors angebracht sein. Vor der Inbetriebsetzung muß ferner für gehöriges Schmieren und Ölen Sorge getragen werden. Sind Störungen im Gange der Maschine zu beseitigen, ist ein Reinigen einzelner Teile nötig, sollen Schutzvorrichtungen, die sich verschoben oder gelockert haben, wieder befestigt werden, müssen Keile oder Schrauben gezogen werden, so ist der Motor vorher still zu stellen.

Der Motor darf erst angelassen (in Gang gesetzt) oder abgestellt werden, nachdem die Bedienungsmannschaft an der Arbeitsmaschine das Zeichen dazu durch Zuruf gegeben und der Wärter des Motors das Zeichen erwidert hat.

19. Kann eine Person, die mit stromführenden Teilen in Berührung gekommen ist, sich von diesen nicht selbst befreien, so ist der Strom durch den zunächst gelegenen Ausschalter zu unterbrechen. Ist letzterer nicht bekannt oder kann die Stromunterbrechung nicht durch einen im Betrieb vorhandenen Schalter (vergl. Nr. 5), sondern nur in der Stromerzeugungsstelle erfolgen, so muß diese durch Fernsprecher, Telegramm, Kraftwagen oder Radfahrer schleunigst benachrichtigt werden. Inzwischen dürfen Rettungsversuche wegen ihrer Gefährlichkeit für die Helfer nur von sachverständigen Personen vorgenommen werden. Ist der von dem elektrischen Strom Betroffene bewußtlos, so ist sofort nach seiner Befreiung von den stromführenden Teilen bis zum Eintreffen des schnellstens herbeizuholenden Arztes künstliche Atmung einzuleiten, wenn Personen zugegen oder erreichbar sind, die sich darauf verstehen.

C. Ausführungs- und Strafbestimmungen.

20. Diese Vorschriften sind durch das Amtsblatt der Regierung zu Detmold bekannt zu machen.

Sie sind in jedem landwirtschaftlichen Betriebe, der mit elektrischem Strom arbeitet, an gut sichtbarer Stelle auszuhängen. Werden sie im Laufe der Zeit unleserlich, so muß ein neues Druckstück von der Berufsgenossenschaft bezogen und ausgehängt werden.

gebührt:

ile 20 Pf.

ippe

1915

Vaterland.

latts, ausgegeben
15, enthält:
r die Preise von
14. Dezbr. 1915.

l,
öchstpreisen auf
November 1915.

und des § 3 des
des Bundesrats
o. vom 4. August
folgende Ver-

n Butter, Kar-
Buchweizen und
, Obstmus und
taufftrich, Obst,
; die zu höheren
Verordnungen:
preise vom 22.
61. S. 689),

Verpa
Die L
Wird
Werde
schlag v
56 Pf. fi
Die €
phosphat
65
50
frei Wer
Die €
Zahl u

21. Die Betriebsunternehmer sind nach §§ 1045, 913 der Reichsversicherungsordnung berechtigt, die ihnen durch die Unfallverhütungsvorschriften auferlegten Pflichten auf Betriebsleiter und, soweit es sich nicht um Einrichtungen auf Grund von Unfallverhütungsvorschriften handelt, auch auf Aufsichtspersonen oder andere Angestellte ihres Betriebes zu übertragen. Unternehmer, die von diesem Rechte Gebrauch machen wollen, haben darüber eine von beiden Teilen zu unterzeichnende Anzeige dem Genossenschaftsvorstande einzureichen, der den Empfang schriftlich bestätigt. Dasselbe gilt für die bei jedem Wechsel des Unternehmers oder des Stellvertreters erforderliche neue Anzeige.

22. Genossenschaftsmitglieder und nach §§ 1045, 913 der Reichsversicherungsordnung mit ihrer Stellvertretung betraute Personen können, wenn sie den Unfallverhütungsvorschriften zuwiderhandeln, durch den Genossenschaftsvorstand mit Geldstrafen bis zu 1000 Mk. belegt werden (§§ 1030, 1045, 851, 870, 913 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung).

Neben den Stellvertretern ist der Unternehmer strafbar, wenn die Zuwiderhandlung mit seinem Wissen geschehen ist, oder er bei der Auswahl oder Beaufsichtigung der Stellvertreter nicht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat (§§ 1045, 913 Abs. 2 a. a. O.).

Ist die Geldstrafe von dem Stellvertreter nicht beizutreiben, so haftet der Unternehmer für sie (§§ 1045, 913 Abs. 3 a. a. O.).

23. Versicherte Personen, die den Unfallverhütungsvorschriften für Versicherte zuwiderhandeln, können durch das Versicherungsamt mit einer Geldstrafe bis zu 6 Mk. belegt werden (§§ 1030, 851, 870 der Reichsversicherungsordnung).

24. Die Vorschriften treten am 1. Januar 1916 in Kraft.

Beschlossen in der Genossenschaftsversammlung zu Detmold
am 5. Juli 1915.

Die vorstehenden Unfallverhütungsvorschriften für die Verwendung des elektrischen Stromes — gültig vom 1. Januar 1916 — sind durch Beschluß vom 22. November 1915 genehmigt worden.

Berlin, den 22. November 1915.

Das Reichsversicherungsamt,
Abteilung für Unfallversicherung.

Dr. Kaufmann.

(L. S.)

I U 22/14



gebührt:

20 Bf.

ippe

1915

Vaterland.

latts, ausgegeben
15, enthält:
r die Preise von
14. Dezbr. 1915.

l,
höchstpreisen auf
November 1915.

und des § 3 des
des Bundesrats
v. vom 4. August
) folgende Ver-

on Butter, Kar-
Buchweizen und
, Obstmus und
staufrisch, Obst,
t, die zu höheren
Verordnungen:
rpreise vom 22.
bl. S. 689),

Verpa
Die L
Wird
Werde
schlag v
56 Pf. fi
Die C
phosphat
65
50
frei Wer
Die C
Zahlu

Herausgegeben

Erster Nachtrag
zu den
Unfallverhütungsvorschriften
der
Lippischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.
Gültig vom 1. Januar 1916.

1. Wenn in einem Betriebe (selbständigen Betriebsteile) Arbeiter beschäftigt werden, die des Deutschen nicht mächtig sind, so sind ihnen, sofern mindestens 25 gemeinsam eine andere Muttersprache sprechen, die ihre Tätigkeit betreffenden Unfallverhütungsvorschriften in dieser Sprache entweder schriftlich oder durch mündliche Unterweisung bekanntzugeben. Die mündliche Belehrung ist zu wiederholen, so oft es der Arbeiterwechsel erfordert. Es ist jedesmal schriftlich festzulegen, wann und durch wen die Belehrung erfolgt ist.
2. Für Betriebe, die ihrer Art nach einer anderen Berufsgenossenschaft zuzuteilen wären (§§ 540, 542, 631, 632, 922, 959 der Reichsversicherungsordnung), gelten deren Unfallverhütungsvorschriften, soweit für sie die Lippische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft keine erlassen hat.
3. Die Betriebsunternehmer sind nach §§ 1045, 913 der Reichsversicherungsordnung berechtigt, die ihnen durch die Unfallverhütungsvorschriften auferlegten Pflichten auf Betriebsleiter und, soweit es sich nicht um Einrichtungen auf Grund von Unfallverhütungsvorschriften handelt, auch auf Aufsichtspersonen oder andere Angestellte ihres Betriebes zu übertragen. Unternehmer, die von diesem Rechte Gebrauch machen wollen, haben darüber eine von beiden Teilen zu unterzeichnende Anzeige dem Genossenschaftsvorstande einzureichen, der den Empfang schriftlich bestätigt. Dasselbe gilt für die bei jedem Wechsel des Unternehmers oder des Stellvertreters usw. erforderliche neue Anzeige.

gebühr:

ile 20 Pf.

ippe

1915

Vaterland.

fatts, ausgegeben
15, enthält:

r die Preise von
14. Dezbr. 1915.

l,
öchstpreisen auf
November 1915.

und des § 3 des
des Bundesrats
o. vom 4. August
folgende Ver-

n Butter, Kar-
Buchweizen und
, Obstmus und
taufstrich, Obst,
, die zu höheren
Verordnungen:
preise vom 22.
bl. S. 689),

Verpa
Die L
Wird
Werde
schlag v
56 Pf. fi
Die €
phosphati
65
50
frei Wer
Die €
Zahl u

4. Genossenschaftsmitglieder und nach §§ 1045, 913 der Reichsversicherungsordnung mit ihrer Stellvertretung betraute Personen können, wenn sie den Unfallverhütungsvorschriften zuwiderhandeln, durch den Genossenschaftsvorstand mit Geldstrafen bis zu 1000 Mk. belegt werden (§§ 1030, 1045, 851, 870, 913 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung).

Neben den Stellvertretern ist der Unternehmer strafbar, wenn die Zuwiderhandlung mit seinem Wissen geschehen ist, oder er bei der Auswahl oder Beaufsichtigung der Stellvertreter nicht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat (§§ 1045, 913 Absatz 2 a. a. O.).

Ist die Geldstrafe von dem Stellvertreter nicht beizutreiben, so haftet der Unternehmer für sie (§§ 1045, 913 Absatz 3 a. a. O.).

5. Versicherte Personen, die den Unfallverhütungsvorschriften für Versicherte zuwiderhandeln, können durch das Versicherungsamt mit einer Geldstrafe bis zu 6 Mk. belegt werden (§§ 1030, 851, 870 der Reichsversicherungsordnung).
6. Die bisherigen Strafbestimmungen in den einzelnen Unfallverhütungsvorschriften fallen fort.
7. Dieser Nachtrag tritt am 1. Januar 1916 in Kraft.

Beschlossen in der Genossenschaftsversammlung zu Detmold
am 5. Juli 1915.

Der vorstehende Erste Nachtrag zu den Unfallverhütungsvorschriften — gültig vom 1. Januar 1916 — ist durch Beschluß vom 22. November 1915 genehmigt worden.

Berlin, den 22. November 1915.

**Das Reichsversicherungsamt,
Abteilung für Unfallversicherung.**

Dr. Kaufmann.

(L. S.)
I Ü 22/14.

Herausgegeben